

Diplomatiegeschichte Lateinamerikas
(VO 704 603)

Univ.Prof. Dr. Gerhard Drekonja

Institut für Geschichte
Universität Wien

SS 2003

Thema der Arbeit:

Welche sind die Konfliktparteien in Kolumbien heute ?

Harald Schrefler
Matrikelnummer 59 52600

Studiencodes A 307 / A 295
Zuordnung zu A 295

Wien, 8.08.2003



Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort
2	Staatsform und Verfassung
21	Unitare Republik
22	Machtgruppen
221	Radikalisierung
222	Regierung Pastrona
223	Die Wahlen 2002
3	Präsident Alvaro Uribe Velez - der neue Präsident
31	Regierungsprogramm
32	Plan Colombia
4	Illegale Gruppen-Guerillas und Paramilitärs
41	FARC-EP - Fuerzas Armados Revolucionarias de Colombia - Egercito del Pueblo
42	ELN - Egercito de Liberacion Nacional
43	AUC - Autodefensas Campesinas Unidas de Colombia
5	Der bewaffnete Konflikt (Bürgerkrieg) und die Menschenrechte
51	Konfliktanalyse
52	Der Friedensprozess
53	Drogenkrieg
54	Menschenrechtsverletzungen
541	„Soziale Säuberung“ seitens der Paramilitärs
542	Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht seitens der Guerillas
543	Die Opfer
6	Resümee
7	Anhang
71	Grundlegende Zahlen und Daten
72	Landkarte

Literaturverzeichnis

1 Vorwort

„Das Auswärtige Amt rät dringend von Individualreisen durch Kolumbien ab. Die bewaffneten Auseinandersetzungen im ganzen Land und terroristische Angriffe auf die Städte halten an. Es muss mit Bombenanschlägen auf öffentliche Gebäude, Touristenhotels, Klublokale, Restaurants, öffentliche Verkehrsmittel etc. gerechnet werden. Mit den Auswirkungen des bereits Jahrzehnte währenden Binnenkonfliktes geht eine erhöhte Gewaltbereitschaft und Kriminalitätsrate einher, insbesondere eine ernst zu nehmende Entführungsgefahr“¹

An Stelle eines Vorwortes sagt obgenanntes Zitat vom 11.7.2003 aus den Länderinformationen des Auswärtigen Amtes der BRD fast alles über die gegenwärtige Lage in Kolumbien.

Kolumbien ist weltweit eines der Länder mit der höchsten Mordrate und einer dramatischen Menschenrechtslage

2 Staatsform und Verfassung

2.1 Unitare Republik

Kolumbien ist eine Präsidialdemokratie.

Der Präsident ist zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Armee.

Er ernennt und entlässt das Kabinett und wird vom Volk auf vier Jahre gewählt, kann aber nicht mehr wieder gewählt werden.

Die beiden Kammern des Kongresses (Senat, Abgeordnetenhaus) werden ebenfalls auf vier Jahre gewählt.

Die letzten Parlamentswahlen fanden am 10.3.2002 statt, die letzte Präsidentenwahl am 26. Mai 2002 (Vereidigung von Uribe Velez am 7.8.2002).

Die Liberale Partei stellt in beiden Häusern des Kongresses die stärkste Fraktion. Es wurde eine Mehrheitskoalition der Liberalen, Konservativen und einiger Kleinparteien gebildet.

Das Land ist in 32 Departementos und Bogota - als Distrito Capital - eingeteilt.

Die neue Verfassung von 1991 definiert Kolumbien als sozialen Rechtsstaat in Form einer „unitaren Republik“², dezentralisiert und pluralistisch.

Die Menschenrechte, sowohl im politischen, wirtschaftlichen, sozialen als auch kulturellen Sinn, sind in der Verfassung von zentraler Bedeutung.

¹ www.auswaertiges-amt.de

² www.dse.de, S 2.

Darüber hinaus wird in der Verfassung von kollektiven Rechten (Menschenrechte der dritten Generation), Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung gesprochen. Außerdem werden erstmals indigene Rechte und der multikulturelle und ethnische Charakter des Landes festgeschrieben.³

2.2 Machtgruppen

Die Geschichte Kolumbiens ist geprägt von diversen Machtgruppen und gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Nach der Unabhängigkeit von der spanischen Krone (7.8.1819) waren es Auseinandersetzungen zwischen Zentralisten und Förderlisten.

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts gab es Differenzen zwischen Liberalen und Konservativen.

In der „Violencia“ (1948 - 1958) forderten die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe zwischen den beiden Parteien 200.000 Tote.

2.2.1 Radikalisierung

Durch die „Nationale Front“ - eine paritätische Teilung der Macht zwischen Liberalen und Konservativen bis 1974 - wurden andere gesellschaftliche Gruppe ausgeschlossen. Es entstand eine radikale Opposition, nämlich Guerillabewegungen wie FARC, ELN und andere (siehe Punkt 4).

Andererseits entstanden in dieser Zeit (den 70ern des 20. Jahrhunderts) paramilitärische „Selbstverteidigungsgruppen“ vom Großgrundbesitzern. 1983 sammelten sich diese Einheiten in der AUC (Autodefensas Unidas de Colombia)..

Mächtige Drogenhändler verstärkten die Radikalisierung.

2.2.2 Die Regierung Pastrana

1998 gewann Andreas Pastrana, ein Konservativer, die Präsidentschaftswahlen im 2. Wahlgang. Er stützte sich auf die Konservativen und Teile der liberalen Partei. Er wollte mit der „großen Allianz für den Wechsel“ die politischen Parteien und den korruptierten Kongress reformieren sowie den Friedensprozess vorantreiben. Er scheiterte, beide Ziele konnte er nicht erreichen.

2.2.3 Die Wahlen 2002

Am 10.3.2002 fanden die Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus statt, am 26.5.2002 wurde ein neuer Präsident gewählt. „Beide Wahlen waren bestimmt durch den Abbruch der Friedensgespräche mit den FARC im Februar und einer weiteren Verschärfung des Konfliktes“⁴

³ Vgl. www.dse.de. S 2.

⁴ www.dse.de.S 2.

Unter einer weiteren Terrorwelle der FARC wurde Alvaro Uribe Velez mit 53 Prozent der Stimmen Präsident.

Anzumerken ist, dass nur 46 Prozent der Wahlberechtigten wählten. Ulrike erhielt also nur von einem Viertel der (wahlberechtigten) Bevölkerung die Stimme.

Der Spitzenkandidat der Liberalen Partei (Horacio Serpa) erhielt 32 Prozent, der Gewerkschaftsführer Luis Eduardo Garzon nur sechs Prozent der Stimmen.

Angeblich haben ultrarechte paramilitärische Gruppen das Ergebnis beeinflusst. Rund 35 Prozent der Mandate sollen - laut Salvatore Mancuso - von Sympathisanten der AUC besetzt sein.⁵

Gesichert wurden die Wahlen von ca. 180.000 Soldaten und Polizisten

3 Alvaro Uribe Velez - der neue Präsident

1952 wurde er als Sohn eines Großgrundbesitzers in Medellin geboren. In Oxford und Harvard promovierte er zum Juristen.

Anfang der achtziger Jahre war er Bürgermeister seiner Heimatstadt, 1986 bis 1994 Senator und 1995 bis 1997 Gouverneur des Departments Antioquia. Anfänglich der Liberalen Partei angehörig, gewann er die Präsidentenwahlen als unabhängiger Kandidat.

3.1 Regierungsprogramm

In den Wahlkampf ging der "kühle Intellektuelle mit der festen Hand"⁶ mit folgenden Projekten:

- Verdoppelung der Streitkräfte und des Militärbudgets (von 2,5 auf 4% des BIP)
- Umwandlung in ein Berufsheer
- Verkleinerung des Kongresses (zu einem Ein-Kammer-Parlament); wird bereits nicht mehr weiter verfolgt
- Reform des Wahlrechts
- Privatisierungen
- Bekämpfung der Korruption
- Kampf gegen die Arbeitslosigkeit
- Eine Steuerreform
- Verbesserungen im Bildungswesen
- Reform des Arbeitsmarktes
- Eine Reform des Rentensystems

Im Senat stützt sich Uribe auf eine Mehrheit von über 50 Prozent, im Abgeordnetenhaus sogar auf 60 Prozent.

⁵ www.dse.de.S 3.

⁶ www.dse.de

„Demokratische Autorität“ will der „Kapitalist mit sozialer Berufung“ (Uribe über Uribe)⁷ mit einem landesweiten Netz von Informanten zu Bekämpfung der bewaffneten Gruppierungen erreichen.

Die Außerkraftsetzung der Grundrechte ist ihm aber ebenso ein Mittel zum Zweck. Am 11. August 2002 (fünf Tage nach seinem Amtsantritt) erklärt Uribe den Ausnahmezustand, was ihn ermächtigt, per Dekret zu regieren. Erst am 29.4.03 wurde der Ausnahmezustand und die erlassenen Dekrete außer Kraft gesetzt (durch ein Urteil des Verfassungsgerichts).

Ganz aktuell:

Am 19.6.2003 wurde von den Gewerkschaften zum Generalstreik aufgerufen. Der „Privatisierungsputsch“ bei der Telefongesellschaft Telecom kam für Belegschaft und Gewerkschaft überraschend. Man meint, dass Uribe nunmehr sein Privatisierungsprogramm beschleunigt durchziehen will. Telecomolumbia und Ecopetrol stehen ebenfalls im Zentrum der Auseinandersetzungen⁸

Viele dieser Maßnahmen verstoßen laut UN-Hochkommissarin Mary Robinson sogar gegen internationales Recht.

3.2 Plan Colombia

Die Herrschaft einer politischen und wirtschaftlichen Oligarchie einerseits, das Bemühen die Bevölkerung basisdemokratisch und zivilgesellschaftlich zu mobilisieren andererseits, prägen und prägten Kolumbien.

Von Regierung Pastrana wurde der „Plan Colombia“, als Basis für eine Befriedung des Landes, ausgearbeitet.

Unterstützt wurden diese Bemühungen seitens der USA mit 1,3 Milliarden US-Dollar. Der Kampf gegen die Guerilla, die Drogenmafia, der Schutz der Erdölvorkommen (z.B. der 770 Kilometer langen Pipeline von Occidental Petroleum) und die Erhöhung der Militärausgaben (allein 700 bis 1000 Mio. US-\$ der US-Hilfe) sind die Ziele des Engagements der USA.⁹

Ein Teil des Planes ist die Aufrüstung der Armee. Die Zahl der Berufssoldaten soll fast verdreifachen (auf 60.000) werden, inklusive der Soldaten auf Zeit sind dann 200.000 in der Armee.

Sondereinheiten und US-Militärberater sowie US-Flugzeuge und eine schnelle Eingreiftruppe von 5000 Mann verstärkten die Macht.

NGOs, Menschenrechtsorganisationen aber auch das Europäische Parlament verurteilen bereits diesen Plan.

⁷ Vgl. www.dse.de. S 4.

⁸ www.labournet.de

⁹ Vgl. www.dse.de. S 10

Sogar Pastrana gab bereits im September 2001 zu, das Besprühen von Koka-Feldern mit Pestiziden führe nicht zum gewünschten Erfolg, sondern vernichte jegliche landwirtschaftliche Produktion und bedrohe die Gesundheit der Bevölkerung.

4 Illegale Gruppen - Guerillas und Paramilitärs

4.1 FARC-EP - Fuerzas Armados Revolucionarias de Colombia - Egercito del Pueblo ¹⁰

Der Großangriff der Armee mit Flugzeugen und Napalmbomben auf Marquetalia 1963 legte den Grundstein für den Zusammenschluss verschiedener Guerillabewegungen, die wegen der ungelösten Agrarfrage und der Intoleranz der Regierungsparteien entstanden waren.

Am 27.5.64 wurden die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) gegründet, um die kolumbianische Oligarchie gegen soziale und gewerkschaftliche Bewegungen zu bekämpfen.

1982 gaben sich die FARC den Namenszusatz Egercito del Pueblo - Volksheer.

1984 gründeten diese und andere Guerillabewegungen die „Union Patriatica“, eine politische Partei mit einer Vielzahl von Abgeordneten.

So sieht sich die FARC als legitimierte Sprecherin des Volkes. Sie verhandelt daher mit der Regierung - auch durch Waffengewalt - um politische, soziale und wirtschaftliche Zugeständnisse und grundlegende Reformen. Es sollen die Grundrechte respektiert und eine politische Opposition ermöglicht werden - eben ein sozialer, demokratischer Rechtsstaat.

4.2 ELN - Ejercito de Liberacion Nacional

Neben der FARC entstand in den 1960er Jahren auch die ELN (Nationale Befreiungsarmee), weitgehend auf Gedanken Che Guevaras und Kubas basierend. Der katholische Priester Camilo Torres verhalf ihr zu besonderer Aufschwung, als er - frustriert vom Kampf um die Rechte der breiten Bevölkerung - in den Untergrund ging.

Laut ELN soll in einer Convencion Nacional (Nationalkonvent) ein Gesellschaftsvertrag ausgehandelt werden, um - analog zur FARC - einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu errichten.

4.3 AUC - Autodefensas Campesinas Unidas de Colombia (rechte Paramilitärs)

1961 wurde ein Dekret von der Regierung verabschiedet, das der Armee die Bewaffnung Ziviler erlaubt.

¹⁰ Rüttsche 2001. S 5

Ab 1968 waren durch ein Gesetz paramilitärische Verbände erlaubt, ab 1990 wurden Cooperativas Seguridad gesetzlich erlaubt.

Am 13. August 2001 ein wurde das Gesetz zur Nationalen Sicherheit und Verteidigung (Ley de Seguridad y Defensa Nacional) von Präsident Pastrana ratifiziert. Damit können der Armee weitgehende rechtliche und richterliche Vollmachten übertragen werden. Die Armee kann ohne richterliche Anordnung Personen verhaften und auf unbestimmte Zeit festhalten. Außerdem darf die Procuraduria keine Untersuchungen gegen Sicherheitskräfte anordnen.

Der gewalttätigen Repression waren Tür und Tor geöffnet, Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung.

Systematisch wurden durch die Armeeführung seit den 1980 er Jahren paramilitärische Verbände aufgebaut, die zunehmend und die schmutzige Arbeit erledigen, damit sich die Armee mit reiner Weste präsentieren kann.¹¹

Die Stärke der Paare Militärs wird auf 8000 Mann geschätzt.

Derzeit kontrollieren sie weite Gebiete im Norden Kolumbiens, im Magdalena Medio, im Valle del Cauca und die Pazifikküste.

Die Zusammenarbeit zwischen Armee und Paramilitärs wird sogar von der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte angeprangert: „Das paramilitärische Phänomen dehnte sich weiter aus und konsolidierte sich laufend. Die Anstrengungen der Regierung, die paramilitärischen Truppe zu bekämpfen, waren schwach und inkonsistent.“¹²

5 Der bewaffnete Konflikt (Bürgerkrieg) und die Menschenrechte

5.1 Konflikt Analyse

Der bewaffnete Konflikt geht auf viele - seit über 50 Jahren - ungelöste Probleme zurück.

In den 1950er Jahren - der Zeit der Violencia (Gewalt) - war es der gewaltsam durchgesetzte Modernisierungsschub, der die Kämpfe zwischen Liberalen und Konservativen auslöste.

Der Staat hat zur Bekämpfung politisch oppositioneller und alternativer Basisbewegungen zu einem Repressionsmodell - den Paramilitärs - Zuflucht genommen. „Tausende von Zeugenaussagen, Indizien ... Berichten belegen glaubwürdig und fundiert die Zusammenarbeit zwischen Armee, Paramilitärs, politischen Zirkeln, Großgrundbesitzern, Finanz- und Unternehmerkreisen. Es ist ihr

¹¹ Vgl. Rütche 2001. S 7.

¹² Rütche 2001. S 12.

Modell zur gewaltsamen Wahrung des status quo, zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau ihrer Privilegien.“¹³

Über 1 Million Bauern wurden von ihren Höfen vertrieben, die Länder enteignet und ein Heer billiger Arbeitskräfte geschaffen. Gleichzeitig schrieb die Wirtschaft enorme Wachstumsraten.

Als Antwort und zur Selbstverteidigung entstanden die ersten Guerillabewegungen, teilweise unter dem Einfluss der Kommunistischen Partei. Die Guerillas setzen weitgehend auf militärische Gewalt, wobei sie auch das humanitäre Völkerrecht missachten. Ziel soll ein demokratischer und sozial gerechter Staat sein, in dem die Grundrechte aller BürgerInnen möglich sein sollen.

Kriminelle Banden - „nicht identifizierte bewaffnete Banden“ -, aus der Armut und Arbeitslosigkeit kommend, leben von Raub, Erpressungen und Überfällen. Sowohl die Guerillas als auch die Paramilitärs benutzen sie als Killer und instrumentalisieren sie für ihre Zwecke.¹⁴

5.2 Der Friedensprozess

Über vier Jahre dauern nunmehr die Verhandlungen zwischen FARC und Regierung. Erzielte (?) Erfolge:

- Gemeinsame Verhandlungsagenda
- Freilassung von ca. 300 Soldaten
- Vorschläge zu einem Waffenstillstand
- Eine der FARC überlassene, entmilitarisierte Zone (bis Oktober 2001)
- Eine der ELN überlassene, entmilitarisierte Zone (im Süden Bolivars), die jedoch von den Paramilitärs verhindert wurde.

Die Wahl Uribe Velez bedeutet eine offene Eskalation des Konfliktes, er will den Konflikt militärisch lösen, auch wenn der Friedensprozess in seinem Programm steht

Am 20. Februar 2002 erklärte Präsident Pastrana die Verhandlungen um den Friedensprozess mit der FARC-EP für beendet. Gleichzeitig erfolgte eine militärische Offensive.

Die FARC reagierte mit Guerillakrieg, Bombenattentaten auf staatliche Einrichtungen und die Infrastruktur sowie mit Entführungen und Ermordungen.

Auch mit den Paramilitärs (AUC) gibt es seit dem 11. Jänner 2003 Friedensverhandlungen, die bis zur Demobilisierung und Reintegration, aber auch Generalamnestie, führen sollen.¹⁵

¹³ Rüttsche 2000. S 6.

¹⁴ Rüttsche 2000. S 8.

¹⁵ www.dse.de. S 9.

5.3 Der Drogenkrieg ¹⁶

Die Politik der demokratischen Sicherheit von Präsident Uribe und die der USA zur Terror- und Drogenbekämpfung stimmen überein. Der Plan Colombia - Aufrüstung der Armee und Besprühung von Koka-Pflanzungen - soll voll weitergeführt werden.

Die Besprühung der Koka- und Schlafmohn-Pflanzungen mit dem Herbizid Glyphosat erreichte 2002 über 132.000 Hektar. 2003 sollen es 200.000 Hektar werden. Statt 617 Tonnen Kokain waren es 2002 nur mehr 480 Tonnen, die insgesamt geerntet wurden.

Trotzdem bleibt Kolumbien der wichtigste Kokainproduzent; es liefert 80 Prozent des Stoffes für die rund 13 Millionen Kokainkonsumenten.

Durch die genannten Besprühungen wurden aber in nur drei Jahren über 75.000 Bauern vertrieben. Die gesundheitlichen Schäden können kaum gezählt werden.

Gleichzeitig muss aber gesagt werden, dass Bürgerkrieg und organisierte Drogenkriminalität miteinander verwoben sind. Die Guerillas schützen Drogenanbau- und handel und finanzieren sich mit Drogengeld.

Die Verhaftung (und Auslieferung an die USA) von Eugenio Vargas Perdomo - ein Führer der FARC - so wie des Drogenbosses des Medellin-Kartells - mit Verbindung zu den Paramilitärs - sprechen für sich.

5.4 Menschenrechtsverletzungen

Alle Seiten - Guerillas, Armee, Paramilitärs - verletzen fast ununterbrochen und auf grausamste Art die Menschenrechte.

Täglich fielen im Jahr 2000 durchschnittlich 14 Menschen, in den Jahren 2001/2002 bereits 20 Menschen der Gewalt zum Opfer:¹⁷

	2000	2001/02	
➤	8	10	durch außergerichtliche Hinrichtungen
➤	4	8	durch Kämpfe
➤	1	1	durch „Verschwinden“
➤	1	1	durch „soziale Säuberung“.
➤			

Zwischen Jänner und Oktober 2002 wurden 2492 Personen entführt. Über 412.000 Personen wurden gewaltsamen vertrieben.

Einige wenige Beispiele seien angeführt:

5.4.1 „Soziale Säuberungen“ seitens der Paramilitärs ¹⁸

¹⁶ Vgl. Rüttsche 2003. S 12 ff.

¹⁷ Vgl. Rüttsche 2001. S 18 und 2003.S17

¹⁸ Vgl. Rüttsche 2001. S 12.

- November 2000
Massaker an 49 und Verschleppung von 30 Fischern in Nueva Venecia
- April 2001
“Kettensägenmassaker“ an 50 Bauern am Oberlauf des Naya
- April 1999
Ermordung von 21 Bauern in San Francisco de Asis au Atrato
- In den kontrollierten Orten werden Prostituierte, Homosexuelle, Bettler, Straßenkinder und Drogenkonsumenten systematisch umgebracht.

5.4.2 Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht seitens der Guerilla ¹⁹

- März 2000
Anordnung seitens der FARC, Friedens-Steuer von Personen und Unternehmungen mit Vermögen über einer Million US-Dollar einzuheben. Bei Nichtbezahlung droht Tod oder Entführung.
- Laut Pais Libre wurden zwischen Jänner und September 2001 1508 Menschen seitens der Guerilla entführt (das sind 61 Prozent aller Entführungen)
- Durch Gaszylinder als Sprengsatz gab es zahlreiche Opfer, ganze Straßenzüge wurden zerstört.
- Laufende Bombenattentate und Anschläge auf die Infrastruktur
- Juli 2001
Überfall auf ein UN-Fahrzeug und Verschleppung des ehemaligen Gouverneurs von Meta..
- August 2001
ELN- Attentat auf eine Polizeistation in Granada, 3 tote Kinder.
- Mai 2002
Explosion einer Glaszylinderbombe in Bojaya mit 119 Toten.

5.4.3 Die Opfer ²⁰

5.4.3.1 Die ländliche Bevölkerung

Die Bauern leiden unter Vertreibungen, den Pestizid-Besprühungen und den Kampfhandlungen.

Insgesamt beträgt die Zahl der Vertriebenen von 1985 bis 2003 2,9 Millionen Menschen.

2 Millionen Hektar Land wurden enteignet.

5.4.3.2 Indigene Gemeinschaften

Von den 85 Ethnien sind 30 mit dem Auslöschen bedroht.

Menschen, Kulturen, Sprache und Traditionen stehen vor dem Ethno- und Genozid.

Großgrundbesitzer, Paramilitärs, Drogenhändler aber auch Guerillos töten, missbrauchen und enteignen.

¹⁹ Vgl. Rüttsche 2001. S 12.

²⁰ Vgl. Rüttsche 2003. S 19 ff.

5.4.3.3 GewerkschafterInnen

Im Jahr 2000 wurden 112 GewerkschafterInnen ermordet, 2001 waren es bereits ca. 150 und 2002 bereits ca. 180.

Die Paramilitärs haben oftmals GewerkschafterInnen als Guerilleros bezeichnet und damit zum militärischen Ziel erklärt.

2000 GewerkschafterInnen sind mit dem Tod bedroht, 10.000 Mitglieder der Central Unitaria de Trabajadores, des wichtigsten Gewerkschaftsverbandes, werden eingeschüchtert.

5.4.3.4 Die MenschenrechtsverteidigerInnen

„Die Drohungen, Feindseligkeiten, Anschläge und Übergriffe gegen MenschenrechtsverteidigerInnen haben in Jahren 2000 alarmierend zugenommen“ schreibt die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte.²¹

Verantwortlich für die meisten Übergriffe (vier Morde, drei 'verschwanden', 39 mussten das Land verlassen, ungezählte Todesdrohungen) waren die Paramilitärs. 2002 und 2003 wurde der Druck weiter verstärkt. So meinte Pedro Juan Moreno (ein Berater des Präsident Uribe): „man muss geheimdienstliche Untersuchungen gegen alle NGOs führen, um deren Verbindung zur Guerilla aufzudecken. Die Subversion arbeitet mit dieser Maske, sie arbeitet geschützt durch diese Organisationen“.²²

5.4.3.5 Die JournalistInnen

Nach Angaben internationaler Presseorganisationen ist Kolumbien eines der weltweit gefährlichsten Länder für JournalistInnen. Der Druck aller Seiten auf eine ihnen genehme Berichterstattung ist enorm.

2002 und bis April 2003 wurden bereits 18 Medienmitarbeiter ermordet.²³

6 Resümee

Die Politik Uribes verschärft die Konflikte.

Starke politische Kräfte wollen eine militärische Lösung.

Ein offener Bürgerkrieg ist nicht unwahrscheinlich, die Konsequenzen schwer abschätzbar.

Die Macht und auch die (gesetzlichen) Vollmachten der Armee (und damit der Paramilitärs) sind exorbitant.

²¹ Rüttsche 2001, S 23.

²² Zeitschrift Cromos vom 30.3.2003. In: Rüttsche 2003. S 18.

²³ Rüttsche 2003. S 19.

Jede unabhängige, soziale und gewerkschaftliche Organisation wird als potenzieller Feind gesehen und bekämpft.

Der Rechtsstaat wird systematisch unterhöhlt.
Straflosigkeit und Verschleierung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind bereits in Gesetzen geregelt.

Die humanitäre Lage großer Teile der Bevölkerung ist katastrophal, es gibt über 2,9 Millionen interner Flüchtlinge.

Armut, geringer Zugang zu Bildung und Gesundheit verschärfen die Kluft zwischen der Oligarchie und der Bevölkerung.

Es droht eine Apokalypse.

7 Anhang

7.1 Grundlegende Zahlen und Daten - Fischer Weltalmanach 2003

Einwohner in Tausend:

1970: 22 561;
1980: 28 447;
1990: 34 970;
2000: 42 299

Bevölkerungsdichte (Einwohner pro qkm): 37

Bevölkerung:

Kolumbianer; (Z 1993) 37 422 791 Einw.

58% Mestizen,
20% Weiße,
14% Mulatten,
4% Schwarze,
3% Zambos (Nachkommen von Schwarzen und Indianern);
0,1% Ureinwohner (Indios, Chibcha)

Anteil unter Armutsgrenze 1996:

11,0%

Flüchtlinge

2.450.000 Binnenflüchtlinge

Lebenserwartung (in Jahren):

1970: 61;
1980: 66;
1990: 69;
1999: 70

Geburtenziffer 2000:

2,3%

Säuglingssterblichkeit 2000:

2,5%

Analphabetenrate Erwachsene (> 15 Jahre) in %:

1970: 22;
1980: 16;
1990: 11;
1999: 9

Städte über 1 Mio Einw.(1999):

Santa Fe de Bogotá [Hauptstadt] 6 260 862 Einw.,
Calí 2 077 386,
Medellín 1 861 265,
Barranquilla 1 223 260,

Fläche (km²): 1 141 748

Religion

95% Katholiken; Minderheiten von Protestanten und Juden

Staatsform:

Präsidentialrepublik seit 1886

Verfassung von 1991

Parlament (Congreso):

Repräsentantenhaus (Cámara de Representantes) mit 165 Mitgl. (davon
4 für Minderheiten reserviert)

Senat (Senado) mit 102 Mitgl. (davon 2 Sitze für Indios reserviert);

Wahl alle 4 J.

Direktwahl des Staatsoberhaupt alle 4 J. (keine Wiederwahl)

Wahlrecht ab 18 J.

Verwaltung: 32 Departamentos und Hauptstadtdistrikt

Staatsoberhaupt und Regierungschef:

Alvaro Uribe Vélez (Primer Colombia), seit 7.8.2002

Parteien: Wahlen vom 10.3.2002:

Repräsentantenhaus (161 Sitze)	2002	1998
Partido Liberal	54	84,
Partido Conservador Colombiano	21	28,
Coalición / C	17	0
Sonstige	69	49
Senat: (102 Sitze)		
PL	28	53)
PCC	13	27,
C	6	0,
Indígenas (Indios)	2	2,
Sonstige	53	20

BSP pro Kopf (US-\$):

1970: 320;

1980: 1 190;

1990: 1 180;

2000: 2 080

Anteil am BIP (in %):	1970	2000
Landwirtschaft:	25,1;	15,5
Industrie:	27,6;	28,8
Dienstleistung:	47,3;	55,7

Inflationsrate in %:

1970: 9,9;

1980: 27,6;

1990: 28,6;

2000: 10,6

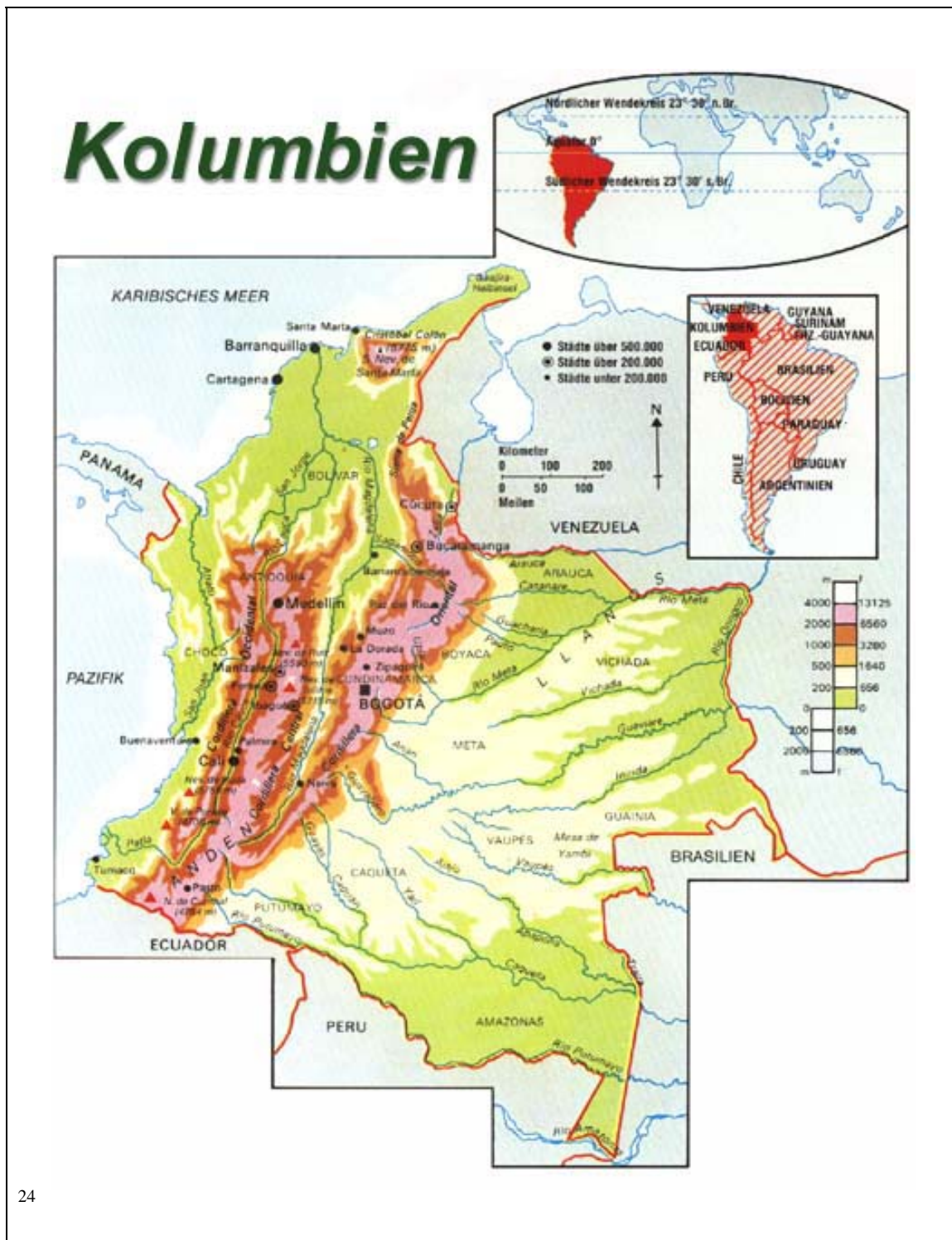
Arbeitslosigkeit in % aller Erwerbspersonen:

1980: 9,1;

1990: 10,2;

2000: 20,5

7.2 Landkarte



24

²⁴ Fischer Weltatmanach 2003 CD

Literaturverzeichnis

AUTOR, Vorname:	Titel. Untertitel. Auflage. In: Band. Jahr. Seite.	Ort Jahr. (url (Datum))
AUSWÄRTIGES AMT BRD:	Länderinformationen.	<a href="http://www.auswaertiges-
amt.de/laenderinfos/">www.auswaertiges- amt.de/laenderinfos/ (11.7.2003).
DSE.DE:	Staat und Politik - Kolumbien.	www.dse.de/za/lis/colombia (11.7.2003).
FISCHER WELTALMANACH:	Der digitale Fischer Weltalmanach 2003. - CD.	2003.
FRIEDENS- POLITISCHER RATSCHLAG:	Kolumbien - Bürgerkrieg oder Drogenkrieg.	<a href="http://www.uni-
kassel.de/fb10/frieden/regione
n/Kolumbien">www.uni- kassel.de/fb10/frieden/regione n/Kolumbien (11.7.2003).
LABOURNET.DE:	Generalstreik am 19.6.2003: „Tue es oder stirb“ für die kolumbianischen Gewerkschaften.	<a href="http://www.labournet.de/internation
ales/co/generalstreik">www.labournet.de/internation ales/co/generalstreik (11.7.2003).
POHL, Günter:	Kolumbien: der lange schmutzige Krieg. In:“unsere Zeit“. 24.5.2003.	Mai 2002. <a href="http://www.uni-
kassel.de/fb10/frieden/regione
n/Kolumbien/pohl">www.uni- kassel.de/fb10/frieden/regione n/Kolumbien/pohl (11.7.2003).
RÜTSCHE, Bruno:	Kolumbien - am Abgrund eines offenen Krieges. Grundlegendokument im Auftrag der Schweizerischen Flüchtlingshilfe.	Sept. 2001 www.kolumbien-aktuell.ch (11.7.2003).
RÜTSCHE, Bruno:	Kolumbien - Eskalation eines Konfliktes auf allen Ebenen. Lageanalyse vom Juni 2003.	Juni 2003. www.kolumbien-aktuell.ch (11.7.2003).
RÜTSCHE, Bruno:	Kolumbien: Versuch einer Konfliktanalyse.	Jänner 2000 www.dse.de/za/lis/colombia (11.7.2003).